

1980er Jahren entstehende Erinnerungskultur, die das Erbe des Landjudentums sichtbar macht, beendet der Autor seinen Gang durch tausend Jahre jüdischer Geschichte in Bayern. Er verkürzt sie nicht zu einer „Vorgeschichte der Katastrophe“, sondern zieht wie ein roter Faden ein Sowohl-als-auch durch die Kapitel. Neben den Phasen der Verfolgung sieht er die „Phasen, in denen sich Formen der Akzeptanz und Toleranz entwickelten, in denen das Nebeneinander zu einem Miteinander wurde“. Damit fördert die Lektüre eine Ambiguitätstoleranz, deren Notwendigkeit das aktuelle Anschwellen von Antisemitismus so deutlich gemacht hat.

Bei seinem Erscheinen wurde das Opus zu Recht als Krönung eines Lebenswerks gefeiert. Der überraschende Tod von Rolf Kießling im Juni dieses Jahres hat es nun zu seinem Vermächtnis gemacht.

Benigna Schönhagen

Politiker jüdischer Herkunft in Vergangenheit und Gegenwart, hg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Laupheimer Gespräche 2017). Heidelberg: Universitätsverlag Winter 2018. 197 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-8253-6883-8. € 16,-

In Deutschland gibt es nicht viele jüdische Politikerinnen und Politiker, aber diese engagieren sich im gesamten politischen Spektrum. Während manche von ihnen offen mit ihrer religiösen Herkunft umgehen, machen andere sie bewusst nicht bekannt. Die Laupheimer Gespräche 2017 beleuchteten den Beitrag jüdischer Politikerinnen und Politiker und griffen damit ein bislang wenig beachtetes Thema auf. Im Mittelpunkt der Tagung standen dabei Fragen wie: Was ist überhaupt ein jüdischer Politiker? Gibt es eine jüdische Politik? Nach einer Einführung durch den damaligen Leiter des Hauses der Geschichte, Thomas Schnabel, befasst sich ein übergreifender Aufsatz mit den „jüdischen Deutschen in der Politik im Südwesten und im Reich“. Weitere Beiträge widmen sich dem badischen Sozialdemokraten Ludwig Marum, dem frühen Lebensweg von Daniel Cohn-Bendit sowie jüdischen Politikern in Ungarn.

Voraussetzung für das politische Engagement von Männern und Frauen jüdischer Herkunft war die Emanzipation der Juden in Deutschland im 19. Jahrhundert. In der Frankfurter Paulskirche gab es erste Politiker jüdischer Herkunft; im Kaiserreich nahm die Zahl der Volksvertreter jüdischer Abstammung zu. Insgesamt blieben ihr Anteil und ihr Einfluss aber gering. Cornelia Hecht (Stuttgart) betrachtet an einigen Beispielen aus Baden und Württemberg – mit Ausblicken auf die Reichsebene – das politische Engagement jüdischer Deutscher im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Mit deren sozialem und wirtschaftlichem Aufstieg verband sich der Wunsch, auch an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teilhaben zu können. 1862 gewährte das Großherzogtum Württemberg der jüdischen Bevölkerung die uneingeschränkte Gleichberechtigung, 1864 folgte das Königreich Württemberg. Damit wurden die Juden zu deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens.

Die politische Karriere der jüdischen Deutschen begann meistens auf der kommunalen Ebene; nicht selten waren sie Juristen, die zu den örtlichen Honoratioren zählten. Auch wenn eine gewisse Affinität zu den liberalen Parteien bestand, waren Juden doch im ganzen Parteienspektrum vertreten. Von einer „jüdischen Politik“ kann man daher nicht sprechen.

Untersucht man das politische Engagement von Juden in Württemberg und Baden, lassen sich durchaus Unterschiede feststellen. In den badischen Großstädten Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg, die eine große jüdische Gemeinde besaßen, gab es auch eine größere

Zahl politisch aktiver Juden. Zwischen 1867 und 1918 waren im badischen Landtag zwölf jüdische Abgeordnete vertreten, zwischen 1903 und 1933 neun Abgeordnete, von denen fünf der SPD angehörten. Moritz Ellstätter (1827–1905) wurde 1868 zum badischen Finanzminister, 1871 zum Bevollmächtigten beim Bundesrat ernannt. Der Rechtsanwalt Ludwig Haas (1875–1930) bekleidete 1918/19 für wenige Monate das Amt des badischen Innenministers und war damit der zweite Jude, der ohne Konfessionswechsel in einem deutschen Land an die Spitze eines Ministeriums rückte.

Mit dem Bankier und Sozialreformer Eduard Pfeiffer (1835–1921) kam 1868 der erste jüdische Abgeordnete in den württembergischen Landtag. Pfeiffer hatte, zusammen mit Gustav Siegle und Kilian Steiner, die nationalliberale Deutsche Partei gegründet. Zwischen 1876 und 1906 verzeichnete der württembergische Landtag keinen jüdischen Abgeordneten. Erst 1906 waren mit Albert Mayer und Hugo Elsas wieder zwei jüdische Abgeordnete vertreten, in der Weimarer Republik mit Thekla Kaufmann, Berthold Heymann und Fritz Elsas drei Abgeordnete.

Dem badischen SPD-Politiker Ludwig Marum (1882–1934) widmet sich Monika Pohl (Karlsruhe). Marum zählt zu den namhaftesten deutschen Politikern jüdischer Herkunft. Er erwarb sich entscheidende Verdienste um die Verteidigung der Republik und des Rechtsstaats sowie um die Durchsetzung sozialer Reformen in der Weimarer Republik. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit Marum überhaupt dem Judentum zugeordnet werden kann, da er 1910 aus der jüdischen Gemeinde austrat. In seinen letzten Lebensmonaten – angesichts der Bedrohung durch die Nationalsozialisten – reflektierte er aber seine jüdischen Wurzeln. Bereits im März 1933 verhaftet, unterstrich er in seinen Briefen aus der Gefangenschaft sein Selbstverständnis als Deutscher und die untergeordnete Bedeutung, die das Judentum für ihn besaß. Im März 1934 wurde Marum Opfer eines politischen Mordes, dessen Hintergründe nie ganz aufgeklärt wurden.

Daniel Cohn-Bendit (geb. 1944) ist noch immer ein bedeutender Kommentator des politischen Geschehens. Er ist bekannt als einer der Wortführer der 1968er-Bewegung in Frankreich, als Mitbegründer der Grünen in Deutschland und als langjähriger Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Sebastian Voigt (München) deutet das politische Wirken von Cohn-Bendit vor seinem jüdischen Familienhintergrund. Er zeichnet den Lebensweg Cohn-Bendits von der Geburt in Südfrankreich bis Mitte der 1970er Jahre unter Einbeziehung der Geschichte seiner Eltern nach, die geprägt ist vom politischen Engagement in der Weimarer Republik, der Vertreibung aus Deutschland 1933 und dem schwierigen Überleben im französischen Exil. Nur vor diesem Hintergrund – so die These Voigts – sei die persönliche und politische Entwicklung Daniel Cohn-Bendits angemessen zu verstehen, nämlich als Teil einer deutsch-jüdischen Erfahrungsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Auch seine Rolle in den Mai-Ereignissen stehe in Zusammenhang mit der deutsch-jüdischen Geschichte: Die ressentimentgeladene Kritik an seiner Person, der Cohn-Bendit in Frankreich von rechter wie von linker Seite ausgesetzt war, sei nur möglich gewesen, weil er als Jude gesehen wurde und die deutsche Staatsangehörigkeit besaß.

Einen Sprung nach Ungarn unternimmt Joel Berger, der langjährige Landesrabbiner in Württemberg. Er stellt sehr unterschiedliche politische Persönlichkeiten des 19. und 20. Jahrhunderts vor. Das Spektrum reicht vom Unternehmer Moritz Wahrmann (1832–1892), der für die Emanzipation der Juden in Ungarn kämpfte und 1869 erstes jüdisches Mitglied des ungarischen Parlaments wurde, über Vilmos Wilhelm Vázony (1868–1926), der als erster jüdischer Politiker 1917 ein Ministeramt bekleidete, bis zu jüdischstämmigen

Politikern, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Sowjetunion zurückkehrten und in Ungarn halfen, die kommunistische Herrschaft wirtschaftlich und politisch zu etablieren.

Die Veröffentlichung der Laupheimer Gespräche will „die Leistungen deutscher Politiker jüdischer Herkunft“ in Erinnerung rufen (S.24). Diesem Anspruch wird die Publikation allerdings nur bedingt gerecht. Die einzelnen Beiträge sind allesamt informativ und interessant zu lesen, sind aber von ihrer Bandbreite zu disparat, um mehr als ein Schlaglicht auf das Thema zu werfen. Es ist aber das Verdienst der Laupheimer Gespräche, immer wieder wenig erforschte Gegenstände der jüdischen Geschichte ins Bewusstsein zu rufen und damit einen Anstoß zu geben, sich vertiefter mit der Thematik zu befassen und auch die Begrifflichkeit zu schärfen.

Nicole Bickhoff

Ausgrenzung – Raub – Vernichtung. NS-Akteure und „Volksgemeinschaft“ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern 1933 bis 1945, hg. von Heinz HÖGERLE, Peter MÜLLER und Martin ULMER im Auftrag des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb e.V., des Landesarchivs Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung. Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung 2019. 584 S. ISBN 978-3-345414-69-9. € 18,-

Mit der Befreiung Deutschlands von der NS-Herrschaft wären auch gute Voraussetzungen einer „Wiedergutmachung“ des nach 1933 begangenen Unrechts geschaffen worden, das an politischen Gegnern, an Flüchtlingen und Zwangsemigrierten, an den aus rassenideologischen Gründen Deportierten, medizinisch Verstümmelten und Ermordeten verübt worden war. Bereits im Exil und im Widerstand hatten Regimegegner Weichen einer „Ahnung des Unrechts“ gestellt und die „Wiederherstellung des Rechts“ sogar zur „ureigenen Sache der Deutschen“ erklärt. Mehrere Entwürfe von Grundsatzserklärungen des Kreisauer Kreises belegen, dass es dabei nicht nur um Bestrafung der Täter, sondern im umfassenden Sinne um die „Wiedergutmachung ... gegenüber den durch Gewalt und Willkür an Leib, Leben, Vermögen, Ehre und in ihren öffentlichen Rechten verletzten Personen“ ging. Präzisierende „Bestimmungen“ sollten die Verfahren konkretisieren und nicht zuletzt „allgemein die Haftung der Rechtsschänder mit ihrem Vermögen verschärfen“.

Dabei ging es stets auch um Arisierungen von Unternehmen, die im Zusammenhang mit der „Wiedergutmachung“ aufgehoben werden sollten. Dieser mit Diebstahl, Raub und Betrug konnotierte Verbrechenkomplex steht mit der Verdrängung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben und mit den Verbrechen der „Endlösung“ in engem Zusammenhang, wurde aber viele Jahrzehnte von der zeitgeschichtlichen und wirtschaftshistorischen Forschung vernachlässigt und historisch erstmals Mitte der sechziger Jahre von Helmut Genschel systematisch erforscht. Die Arisierung von Betrieben aufzuhellen, bedeutete bis dahin immer auch, Ansprüche der Opfer dieser Maßnahmen auf Wiedergutmachung aufzugreifen und zu unterstützen. Lange fehlte in der deutschen Nachkriegsgesellschaft dazu die Bereitschaft. Der Bonner Finanzminister Schäffer konnte Anfang der 50er Jahre sogar pietätlos erklären, die Deutschen könnten „selbst den Gashahn aufdrehen“, wenn den Restitutions- und Wiedergutmachungsansprüchen jüdischer Seite entsprochen würde. Glücklicherweise ließ sich Adenauer davon nicht beeindrucken.

Wenn man diese widrigen Umstände und die ablehnende damalige Stimmung bedenkt, ist die Bedeutung des Sammelbandes nicht hoch genug einzuschätzen. Er ist in gemeinsamer Anstrengung von vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern erarbeitet worden und verbindet zeit-